

# ÜBERWACHUNGSPAKET und DEMOKRATIEABBAU stoppen!



Das österreichische Regierungsprogramm, das jetzt noch abgearbeitet werden soll, und die heuer beschlossene EU-Anti-Terrorrichtlinie gehen Hand in Hand auf dem Weg zur Totalüberwachung - auf Kosten unserer demokratischen Grund- und Freiheitsrechte.

[www.solidarwerkstatt.at](http://www.solidarwerkstatt.at)



## Mit Sicherheit zum (Be-)Fürchten!

Mit dem österreichischen Regierungsprogramm und der „Sicherheitsdoktrin“ wird der „gläserne Mensch“ immer mehr Realität. Das ist ein Schlag gegen unsere Grund- und Freiheitsrechte. Immer enger wird das Überwachungskorsett gezurrt für ein vermeintliches Stück mehr an Sicherheit. Technische Aufrüstung im Überwachungsbereich und Forcierung der Zusammenarbeit von Geheimdiensten, Polizei und Militär auf nationaler, internationaler und auf EU-Ebene, Ausbau von Überwachungsmaßnahmen im realen wie im Cyberraum, sowie die Schaffung neuer Gesetze sollen das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen stärken. Im Eilzugstempo wurde das Versammlungsgesetz durch die Nationalratsabgeordneten von ÖVP/SPÖ geändert. Mit massiven Einschnitten in das verfassungsrechtliche Grundrecht auf Versammlungsfreiheit.

Ein extremer Einschnitt ins Versammlungsrecht stellt dabei die Neuerung dar, dass die Regierung Versammlungen verbieten kann, wenn sie den „*außenpolitischen Interessen der Republik Österreich*“ zuwiderlaufen, was wiederum die Regierung selbst definiert. Konnten bisher Versammlungen nur aufgrund von Strafrechtswidrigkeit, Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und des öffentlichen Wohls untersagt werden, ist dies nun auch möglich wenn eine Versammlung den außenpolitischen Interessen der Regierung widerspricht. Damit können Versammlungen über internationale politische Themen wie für Menschenrechte, Minderheitenrechte oder die freie demokratische Betätigung in einem anderem Land sowie Demonstrationen, die Kritik an Entwicklungen in anderen Staaten oder an ausländischen Konzernen üben, verboten werden. Ebenso zum „Schutz“ von Handelsbeziehungen, wenn beispielsweise Waffen ins Ausland verkauft werden und man den Geschäftspartner durch Proteste dagegen nicht vergrämen will.

Diese Radikalisierung des Demokratieabbaus passiert vor dem Hintergrund einer immer autoritärer werdenden EU, deren Politik die Menschen provoziert, Terrorbanden und Militarisierung fördert, die Flüchtlinge produziert statt die Fluchtursachen zu bekämpfen. Statt Kriegs- und Aufrüstungspolitik in Frage zu stellen, reagiert man mit repressiven Maßnahmen, mit Demokratieabbau gegen die eigene Bevölkerung.

## „Bis ins Wohn- und Schlafzimmer überwacht“

Was kommt durch Regierungsprogramm und Sicherheitsdoktrin noch auf uns zu:

- ☞ Einschränkung des Rechts auf Meinungsfreiheit mit der Schaffung des Straftatbestands »Staatsfeindlichen Bewegungen« wird nicht mehr die Straftat selbst wird bestraft, sondern die Gesinnung (=> **Gesinnungsstrafrecht**)

- 🔊 **Vorratsdatenspeicherung** (die von Höchstgerichten schon mehrmals für unvereinbar mit unseren Grundrechten erklärt wurde) durch die Hintertür, durch Quick freeze von Kommunikationsdaten –Verkehrsdaten, Zugangsdaten und Standortdaten sollen im Anlassfall bis 12 Monate gespeichert werden.
- 🔊 Einsatz **„Bundestrojaner“** - Überwachung der Internetkommunikation (WhatsApp, Skype ...) mit staatlicher Spionagesoftware
- 🔊 **Lückenlose Videobespitzelung in Echtzeit** (lt. ARGE Daten gibt es bereits jetzt ca. 1 Million Kameras in Österreich – das entspricht 1 Kamera je 8 BürgerInnen), sowie Vernetzung der Kameras öffentlicher Betreiber (ÖBB, ...)
- 🔊 Unbefristeter Einsatz der **Kennzeichenerfassungssysteme** des BMI an Grenzübergängen für mehrspurige KFZ, an denen Grenzkontrollen durchgeführt werden.
- 🔊 **Lauschangriff auf private PKWs** („Schaffung der Möglichkeit der akustischen Überwachung außerhalb von vom Wohnrecht geschützter Räume.“)
- 🔊 Flächendeckende **elektronische Erfassung von KFZ-Kennzeichen**. Die ASFI-NAG soll Daten an das BMI bei Fahndungsabfragen liefern
- 🔊 Einsatz des **Bundesheers innerhalb von Österreich**

Der Präsident des Verfassungsgerichtshofs Gerhart Holzinger erhebt angesichts dieser Überwachungspläne warnend die Stimme: *„Wollen wir in einer Welt leben, die den Einzelnen auf Schritt und Tritt bis ins Wohn- und Schlafzimmer überwacht?“* (Standard, 17.2.2017)

## EU-Anti-Terror-Richtlinie:

### Besetzung der Hainburger Au - ein „Terrorakt“?

Dieser Ausbau des Überwachungsstaates durch das neue Regierungsprogramm geht Hand in Hand mit der EU-Anti-Terror-Richtlinie, die im Februar 2017 im EU-Parlament mit großer Mehrheit beschlossen wurden. Durch die darin weit gefasste Definition von „Terrorismus“ können Regierungen auch Gewerkschafts-, Klima-, Umwelt-, Tierrechts- oder Bürgerrechtsbewegungen mit der Begründung „Terrorismus“ kriminalisieren. Wer zum Beispiel *„grundlegende politische, verfassungsrechtliche, wirtschaftliche oder soziale Strukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation“* in Frage stellt, bzw. wer *„vorsätzlich Handlungen begeht oder androht“*, die zu *„größeren wirtschaftlichen Verlusten“* führen, gerät ins Visier dieser EU-Richtlinie. Aktionen wie die Besetzung der Hainburger Au könnten dadurch als „terroristischer Akt“ gewertet und mit hohen Strafen verfolgt werden. Doch was wurde in der Richtlinie noch beschlossen – hier ein Auszug:

- 🔊 Möglichkeit zu **Netzsperrungen/Webblockaden**
- 🔊 Kleiner und großer **Lauschangriff**
- 🔊 Einführung des Straftatbestandes **„öffentliche Provokation“** (Gesinnungsstrafrecht)
- 🔊 **Fluggastdatenspeicherung** zum Abgleich der Reisedaten von Flugzeugpassagieren mit Reismustern, von denen angenommen wird, dass sie für Terroristen charakteristisch sind
- 🔊 Geheime elektronische Überwachung von „Gefährdern“ (**Staatstrojaner**)

Sowohl das österreichische Regierungsprogramm und die Sicherheitsdoktrin, als auch die neue EU-Terrorrichtlinie führen zu noch mehr Bespitzelung und Repression. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je, sich nicht einschüchtern zu lassen. Um in Sicherheit unsere demokratischen Rechte ohne Angst wahrnehmen zu können, müssen unsere **Privatsphäre, unserer Grund- und Freiheitsrechte** vor Repression geschützt werden. Engagieren wir uns gemeinsam gegen diese Eingriffe in unsere Privatsphäre, gegen die Kriminalisierung von politischem Engagement und für Meinungsfreiheit. Zum Beispiel mit der Solidarwerkstatt. **Wir sagen:**

- ☞ **NEIN** zu **Repression! NEIN** zum **Überwachungsstaat!**
- ☞ **JA** zur Verteidigung unserer **Grund- und Freiheitsrechte!**
- ☞ **JA** zu **faktenbasierten Sicherheitspolitik** – statt Panikmache!
- ☞ **JA** zu **Wirtschafts- und Sozialpolitik** die den Menschen soziale **Existenzängste** nimmt.
- ☞ **JA** zu einer **aktiven Friedens- und Neutralitätspolitik** statt mitmarschieren bei EU-Militärmissionen. Denn wer Sicherheit für seine BürgerInnen schaffen will, darf keine Gewalt exportieren!

**Hörtip:** Werkstatt-Radio Sendung: „**Smart Meter: Soll zwangsweise Schluss sein mit Privat- und Intimsphäre?**“ Zum Nachhören auf Radio FRO: <https://cba.fro.at/327423>

## Wie können wir uns gemeinsam engagieren?

- Treffen wir uns bei der Langen Nacht des Friedens am 30.6.2017, ab 16 Uhr im Schillerpark, Linz. Diskutiert und feiert mit uns.
- Kommt zu unseren wöchentlichen Treffen immer am Donnerstag, ab 18h, Waltherstraße 15, 4020 Linz.
- Kontakt: T 0732/771094  
office@solidarwerkstatt.at  
www.solidarwerkstatt.at
- Unterstützt unsere Arbeit für ein freies, neutrales, solidarisches und weltoffenes Österreich auch finanziell: IBAN: AT42 3477 7000 0627 4146 BIC: RZOO AT2L 777

*Vielen Dank für Deine/  
Ihre Unterstützung!*

**Fr, 30. Juni 2017, 16:00, Linz, Schillerpark**  
**LANGE NACHT DES FRIEDENS**

*Die Waffen nieder!*

*Aktiv neutral statt EU-militarisiert!*

**KCOMM in der SCHILLERPARK 77a LANGE NACHT DES FRIEDENS**

*Infostände | Picknick ab 16h  
Kulturprogramm ab 18h Chor "SCHÖN" aus Ottenheim  
19h Gruppen Solidarität mit Group Tizen  
20h Les' Eure Sicht Volcanis*